



Finanzplan 2004 - 2008

Zusammenfassung

Die Vorlage 03/146 - Finanzplan 2004-2008 stellt gegenüber früheren Finanzplänen einen klaren Fortschritt dar. Auch der Stadtrat akzeptiert heute, dass Liestal ein selbstverursachtes Finanzproblem hat und dieses selber lösen muss. Stadtrat und Fiko sind sich einig, dass es Bereiche gibt, wo eine neue Lastenverteilung zwischen Kanton und Stadt gefunden werden muss, z.B. öffentlicher Verkehr, Infrastrukturprobleme im Zusammenhang mit den vielen kantonalen Arbeitsplätzen in Liestal.

Die Fiko orientiert sich an den schon früher formulierten Zielsetzungen:

*** Steuern**

- * Steuerfuss natürliche Personen 60%
- * Steuerfuss juristische Personen Ertragssteuer 5%
- * Steuerfuss juristische Personen Kapitalsteuer 5.5%

*** Verwaltungsvermögen**

- * Abschreibungen 10% (nach Gesetz)
- * Investitionen --> Substanzerhaltung

*** Finanzvermögen**

- * Abschreibungen nach branchenüblichen Ansätzen
- * Investitionen --> Substanzerhaltung
- * Desinvestitionen --> Buchgewinne nur zum Schuldenabbau

*** Bilanzfehlbetrag**

- * ausgeglichene Rechnung ohne Buchgewinne: kein Bilanzfehlbetrag

Zukünftige Finanzpläne sollten von diesen Vorgaben ausgehen. Beim jetzt vorliegenden Plan ist dies nur bedingt der Fall. Beim nächsten Plan muss die dann gegenwärtige Situation vertieft analysiert werden, und es müssen Wege aufgezeigt werden, wie die finanzielle Situation Liestals dauerhaft auf eine neue Basis gestellt werden kann. Die Forderung, den Steuerfuss für Privatpersonen sei auf 60% zu senken bedeutet, dass die Rechnung mit 2.6 Mio.CHF weniger Steuereinnahmen von Privatpersonen ausgeglichen sein muss. Dies kann realistischweise nur mit einer massiven Reduktion des Zinsaufwandes erreicht werden.

Die Zielsetzung des Stadtrates war bei diesem Finanzplan, der Motion 02/118 gerecht zu werden. Diese fordert primär, dass die Fremdverschuldung reduziert wird.

Anträge

Antrag des SR:

Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

Die Fiko unterstützt diesen Antrag einstimmig. Die Vorlage 03/146 zeigt noch nicht auf, wie die langfristigen Zielsetzungen erreicht werden können. Im Gegensatz zu frühen Plänen wird aber eine Stabilisierung der Situation angestrebt, und dem Plan liegen nachvollziehbare Annahmen zugrunde.

Mit dieser Zustimmung zum Finanzplan 2004-2008 ist keine Zustimmung zu einzelnen Ausgabenposten verbunden, insbesondere nicht zu den gegenüber den ER-Beschlüssen und der Volksabstimmung erhöhten Zuschüssen ans Hallenbad.

Antrag des SR:

Die Motion zur Sanierung des Finanzhaushaltes (02/118) ist abzuschreiben

Die Fiko lehnt diesen Antrag mit einer Gegenstimme ab. Der vorliegende Finanzplan ist ein Schritt in die von der Motion geforderte Richtung, er ist aber kein Sanierungsplan. Zum Beispiel wird ein Finanzfehlbetrag unter anderem nur dank Buchgewinnen (Verkäufe von Liegenschaften) verhindert. Zur Sanierung der Finanzen werden weitere Massnahmen notwendig sein.

Liestal, 29. September 2003

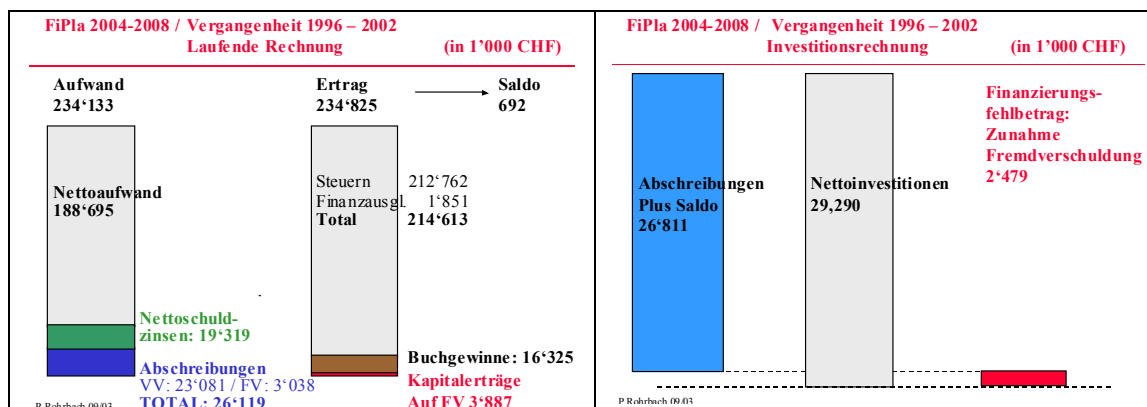
Für die Finanzkommission
Peter Rohrbach

Einwohnerkasse

Liestaler Finanzen von 1996 bis 2002

Die Vorlage 03/146 geht sehr selektiv auf die Vergangenheit ein; 16.3 Mio.CHF Buchgewinne und die Steuererhöhung ab 2001 bleiben zum Beispiel unerwähnt.

In Analogie zu den Jahresrechnungen und Budgets sind im folgenden die Jahre 1996-2002 (7 Jahre) zusammengefasst:



Nur dank 16.325 Mio.CHF Buchgewinnen und der Steuererhöhung ab 2001 ist die ‚Gesamtrechnung‘ 1996-2004 in etwa ausgeglichen. Ohne Buchgewinne hätte die Verschuldung um diesen Betrag weiter zugenommen. Natürlich wäre es besser gewesen, der Stadtrat hätte von 1996 an Buchgewinne nur zur Reduktion der Schulden verwendet, denn dann würden heute jedes Jahr ca. 600'000.- CHF weniger Schuldzinsen anfallen.

Sozialkosten

Einmal mehr werden die Sozialkosten besonders als Problemfeld hervorgehoben, obwohl aufgrund der Zahlen die generelle Aussage nicht stimmt, dass diese – in Anbetracht von 15% bzw. 18% Fürsorgesteuern – die Einwohnerkasse besonders belasten.

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 Bud- get
Nettoaufwand Unterstützungen (1'000 CHF)	1'652	2'133	2'902	2'826	3'226	2'811	2'715	2'267

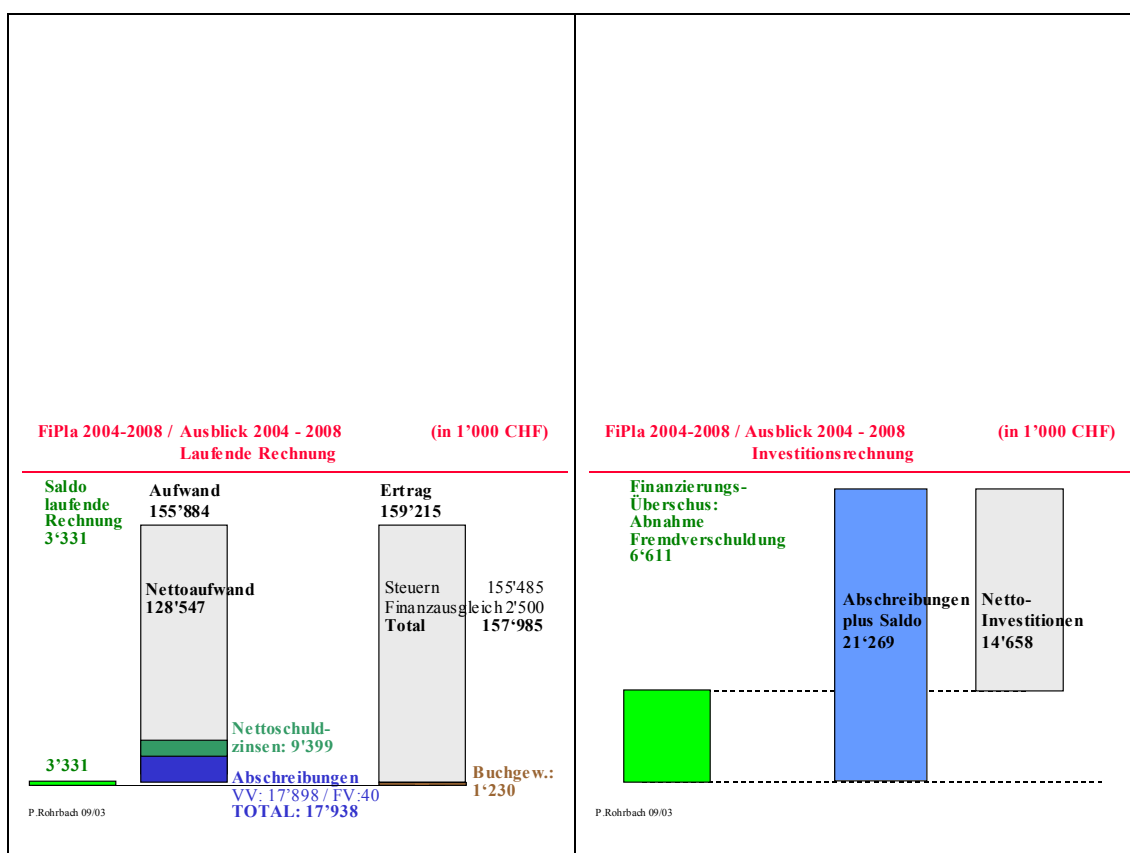
Die Steuern (nach heutiger Rechnung 1.7%) wurden ab 2001 erhöht. Aufgrund der Entwicklung von 1996 – 2000 war dies sicher die richtige Massnahme. Die Umkehr der Entwicklung ab 2001 lässt folgende Frage aufkommen: wieso beantragt der

Stadtrat heute nicht eine entsprechende Reduktion des Steuersatzes oder wieso wird dieses Geld nicht konsequent für den Schuldenabbau eingesetzt.

Es ist der Fiko auch klar, dass diese Entwicklung nicht einfach so geschah. Ohne neue Ansätze, Investitionen ins Personal und eine neue Managementkultur in diesem Bereich wäre es nicht zu dieser Trendumkehr gekommen. Die Fiko dankt allen Beteiligten.

Finanzplan 2004 – 2008

Für die 5 Jahre von 2004-2008 sieht die Gesamtrechnung gemäss Plan folgendermassen aus:



Nach dem Plan wird die laufende Rechnung positiv abschliessen (Saldo 3.331 Mio.CHF). Aus der Graphik ‚Investitionsrechnung‘ ist gut ersichtlich, dass in den kommenden Jahren beim Verwaltungsvermögen weniger investiert werden soll, als nach dem Gesetz abgeschrieben werden muss. Die Fiko bat deshalb die BPK die Konsequenzen dieser Politik zu überprüfen, d.h. die Frage zu beantworten, ob damit nicht ein Investitionsnachholbedarf aufgebaut wird. Gemäss BPK ist dies nicht der Fall, sie schreibt in ihrem Bericht zum Finanzplan: „Die BPK ist einstimmig der Meinung, dass die Nettoinvestitionen von 2.93 Mio.CHF/Jahr resp. 14.65 Mio.CHF genügen, um den Wert der Anlagen im Verwaltungsvermögen zu erhalten.“

Aus beiden Graphiken ist auch ersichtlich, dass in der Planperiode die Schulden um 6.5 Mio.CHF reduziert werden sollen, und dass dieser Schuldenabbau durch Buchgewinne und im Vergleich zu früheren Jahren reduzierten Investitionen in die Immobilien des Verwaltungsvermögens bezahlt werden soll.

Beurteilung der Annahmen, die dem Finanzplan zugrunde liegen

Annahmen im Finanzplan		Beurteilung der Annahmen durch die Fiko
Steuereinnahmen - Privatpersonen - juristische Personen		realistisch realistisch
ungebundener Kantonaler Finanzausgleich	500'000.- CHF/Jahr	wenn sich die Steuern gemäss Annahmen entwickeln, wird Liestal diesen Beitrag erhalten: realistisch Trotzdem sollte die Rechnung ohne diesen Beitrag ausgeglichen sein.
Entwicklung der Schuldzinsen	konstant 4%	realistisch
Buchgewinne	gesamt 1.19 Mio.CHF	realistisch
Nettoaufwand wächst nur mit der Teuerung ab 2004		realistisch Diese Entwicklung des Nettoaufwandes muss als oberes Kostendach verstanden werden
Verwaltungsvermögen Nettoinvestitionen von durchschnittlich 2.93 Mio.CHF genügen zur Substanzerhaltung und werden nicht zu einem Nachholbedarf führen		realistisch (siehe Bericht BPK)
Finanzvermögen es besteht kein Abschreibungsbedarf		realistisch

Insbesondere die Annahme, dass Liestal zukünftig jedes Jahr 500'000.- CHF ungebundener Finanzausgleich erhalten wird, wurde intensiv hinterfragt. Liestals kantonales Steueraufkommen pro Kopf ist knapp über dem Durchschnitt, deshalb reichte es in den letzten Jahren nicht jedes Jahr zu einem Beitrag vom Kanton. Das unschöne am Zusammenhang zwischen Steueraufkommen und Finanzausgleich ist, dass ein Steuerbetrag, z.B. 5.-CHF pro Kopf oder 60'000.-CHF gesamthaft, darüber entscheidet ob Liestal 500'000.- CHF Finanzausgleich erhält oder nicht.

Die Hälfte der Fiko (Stichentscheid des Präsidenten) ist der Meinung, dass die Rechnung ohne diesen Beitrag ausgeglichen sein sollte. Wenn er kommt, ist das gut und soll zur Schuldentilgung verwendet werden. Beim vorliegenden Finanzplan würde ein Ausbleiben dieses Beitrages bis ins Jahr 2008 zu einem Bilanzfehlbetrag von 2.8 Mio.CHF führen. Diese kleine Variantenrechnung zeigt, dass der vorliegende Plan nicht allzu eng interpretiert werden darf. Bei 26 bis 27 Mio.CHF Nettoaufwand sind 0.5 Mio.CHF (1.8%) keine grosse Abweichung und können jederzeit eintreffen. Bei einem robusten Plan darf eine so unabwägbar Grösse wie der Finanzausgleich im Falle Liestal nun mal ist, nicht gleich das Ganze zum kippen bringen.

Nettoaufwand

In der Planperiode 2004-2008 wird der Nettoaufwand auch durch externe Veränderungen beeinflusst werden, z.B. reduziert sich im Bereich Soziales dank neuer Regelungen im Finanzausgleich ab 2004 der Aufwand um 600'000.- CHF/Jahr. Im Bildungsbereich führt der dort angewendete Finanzausgleich zu einem Mehraufwand von 142'000.- CHF/Jahr, ebenso werden die Blockzeiten dieses Budget um 511'000.- CHF/Jahr erhöhen. In der Summe führen diese externen Faktoren zu einer Reduktion des Nettoaufwandes von 100'000.-CHF/Jahr.

Von der Fiko nicht verstanden und demzufolge auch abgelehnt wird, dass im Bereich ‚Kultur und Freizeit‘ bereits heute davon ausgegangen wird, dass das Hallenbad entgegen den Entscheidungen des Volkes und des Einwohnerrates weiterhin mit 600'000.- CHF/Jahr subventioniert werden soll. Es handelt sich hierbei um wiederkehrende Ausgaben von 200'000.- CHF/Jahr. Die Fiko meint, der Stadtrat hätte beim Einwohnerrat die Zustimmung einholen müssen, bevor er gegenüber der Bäder AG eine solche Verpflichtung eingegangen ist. Es war allen anlässlich der Diskussionen im Einwohnerrat im Jahr 2000 klar, dass von den anderen Gemeinden keine wesentlichen Beiträge zu erwarten sind.

Stadtrat und Verwaltung haben sich zum Ziel gesetzt, durch weitere Massnahmen – die über die Zeit 1.4 Mio.CHF/Jahr Einsparungen bringen sollen – den Nettoaufwand auf ca. 26 Mio.CHF zu stabilisieren (ohne Teuerung). Die Fiko begrüsst diese Massnahmen und hofft, dass sie auch alle erfolgreich umgesetzt werden können.

Spezialfinanzierungen: Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Diese beiden Rechnungskreise sind aus heutiger Sicht gesund. Merkmale dieser Kassen sind, dass sie einen hohen Fixkostenanteil haben – also nur ein minimales Einsparpotential, und dass demzufolge sehr darauf geachtet werden muss, dass auch die Einnahmen, welche direkt am Wasserverbrauch hängen, konstant bleiben.

Deshalb ist es wichtig, dass der an sich erfreuliche Minderverbrauch in Liestal durch neue Abnehmer, z.B. anschliessen anderer Gemeinden an das Wassernetz von Liestal kompensiert wird. Der Stadtrat legte in der Fiko nachvollziehbar dar, dass in der Planperiode 2004-2008 mit keinen Überraschungen zu rechnen ist: die Gebühren werden nicht sinken, aber auch nicht steigen.

Bezüglich der Abwasserkasse stimmen diese Aussagen nur, wenn das neue Abwasserreglement, das im Zusammenhang mit dem Generellen Entwässerungsplan (GEP) erarbeitet werden muss, für diese Kasse keine wesentliche Reduktion der Einnahmen bringen wird.